

Auszug Handelsblatt 13.05.2025

Fast drei Millionen junge Menschen ohne Ausbildung

Fast alle Unternehmen beklagen Personalprobleme – gleichzeitig warten Hunderttausende junge Leute auf eine Chance zur Qualifizierung. Immer mehr unter 35-Jährige landen in der „Warteschleife“. [Barbara Gillmann](#) 13.05.2025 - 04:09 Uhr

Berlin. Trotz des flächendeckenden Fachkräftemangels sind in [Deutschland](#) 2,86 Millionen junge Menschen unter 35 ohne Ausbildung – und somit auf Helferjobs angewiesen. Das zeigt der Entwurf des neuen Berufsbildungsberichts für die Bundesregierung, der dem Handelsblatt vorliegt.

Daraus geht auch hervor, dass im Jahr 2024 erneut 259.000 junge Menschen nach der [Schule](#) in den sogenannten „Übergangsbereich“ eingemündet sind. Das waren knapp 8200 mehr als im Vorjahr.

Zum Übergangsbereich zählen diverse Maßnahmen an den Berufsschulen, die auf eine Ausbildung vorbereiten sollen. Eine „jahrelange Warteschleife, ohne dass am Ende ein Berufsabschluss steht“, tadelte der Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) zuletzt. Eine [Studie der Bertelsmann-Stiftung](#) hatte jedoch ergeben, dass ein Großteil dieser Viertelmillion junger Menschen durchaus in der Lage wäre, direkt in eine Ausbildung zu starten.

Zudem ist dem Bericht zufolge die Ausbildungsbeteiligung der Unternehmen erneut gesunken und liegt nun bei 18,8 Prozent – es bildet also nicht einmal jedes fünfte Unternehmen aus. Und die Vertragslösungsquote der Azubis ist auf 29,7 Prozent gestiegen: Es bricht also fast jeder Dritte die Lehre ab.

Wie sehr mehr junge qualifizierte Menschen trotz der aktuellen Konjunkturprobleme in der Wirtschaft gebraucht würden, zeigte zuletzt eine [Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung \(IAB\)](#) bei der Bundesagentur für Arbeit: Danach haben 84 Prozent der Betriebe Personalprobleme, vor 15 Jahren war es nur jedes zweite. Dabei ist der Mangel an Fachkräften das mit Abstand größte Problem – zwei Drittel der Betriebe klagen darüber. Daneben fehlen zwar auch Ungelernte für einfache Tätigkeiten, allerdings nur in einem Drittel der Unternehmen.

Vor diesem Hintergrund sagte die stellvertretende Vorsitzende des DGB, Elke Hannack, dem Handelsblatt: „Wir verlieren zu viele junge Menschen auf dem Weg in die Berufswelt, während die Wirtschaft gleichzeitig über fehlende Fachkräfte klagt. Das passt nicht zusammen.“ Zwar ist die Zahl der Unqualifizierten im Alter zwischen 20 und 35 auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahr geblieben – da sie jedoch zuvor deutlich gestiegen ist, wächst das Problem in die älteren Jahrgänge hinein.

Wirtschaftsweise fordert mehr verpflichtenden Ganztagsunterricht

„In Zeiten, in denen fehlende Fachkräfte immer öfter als Konjunkturbremse genannt werden, können wir es uns nicht leisten, Millionen junge Menschen ohne Berufsabschluss zu lassen“, mahnte Hannack. Das sei zugleich „ein gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Skandal“, denn „wer junge Menschen ausbremst, bremst letztlich auch das Potenzial unserer gesamten Wirtschaft“.

„Die Politik muss dem Thema Bildung mehr Aufmerksamkeit widmen“, fordert auch die Wirtschaftsweise Veronika Grimm angesichts der neuen Zahlen. Und das schon ab der frühkindlichen Bildung. Am besten für junge Menschen und auch die Volkswirtschaft sei es, „wenn jede und jeder die Chancen hat, seine Potenziale bestmöglich zu nutzen“, sagte sie dem Handelsblatt.

Es könne viel mehr dafür getan werden, „dass die Voraussetzungen der Kinder – eben auch der benachteiligten – schon bei Schuleintritt besser sind“, so Grimm. Das deutsche Schulsystem, bei dem der Erfolg der Schüler sehr stark von der Unterstützung zu Hause abhängt, führe dazu, dass zu viele Schülerinnen und Schüler abgehängt würden.

Corona habe das noch verstärkt: „Hamburg macht mit dem verpflichtenden Ganztags vor, dass man hier Fortschritte erzielen kann“, sagte die Wirtschaftsweise. „Daran sollte man nun dringend anknüpfen, mehr Chancengerechtigkeit leistet mittelfristig einen bedeutenden Beitrag dazu, das Fachkräftepotenzial zu stärken.“

DGB-Vize Hannack forderte erneut ein Aktionsprogramm für Menschen ohne Berufsabschluss, um einen besseren Übergang von der Schule in den Beruf, eine gute Ausbildung und attraktive Wege zum Nachholen eines Berufsabschlusses zu ermöglichen. Dazu gehörten vor allem eine Ausweitung der Ausbildungsgarantie, mehr Unterstützung für das Ausbildungspersonal und bezahlbarer Wohnraum auch für Auszubildende.

Insgesamt stünden die Zeichen des Berufsbildungsberichts eher auf Verschlechterung, heißt es beim DGB. Denn auch die konjunkturelle Lage dürfte sich irgendwann noch stärker auf den Ausbildungsmarkt durchschlagen. Rechnerisch gab es 2024 erstmals seit Corona wieder nicht genügend Ausbildungsplätze für alle Ausbildungsinteressierten.

Der neue Koalitionsvertrag verspricht eine „Qualifizierungsoffensive“, um „junge Menschen beim Einstieg in das Berufsleben zu unterstützen“. Gemeinsam mit den Ländern wollen Union und SPD ermöglichen, dass „jeder junge Mensch einen Schulabschluss und eine Ausbildung machen kann“.

Unklar ist, wie der Durchbruch gelingen soll: Konkret nennen die Koalitionäre nur den Ausbau der Berufsorientierung in den Schulen und die Stärkung der Jugendberufsagenturen der Länder.

Letztere sind spezielle Agenturen, die Jugendlichen Hilfe aus einer Hand bieten und verhindern sollen, dass sie nach der Schule durchs Raster fallen und weder eine Ausbildung noch ein Studium beginnen. Zudem brauchen viele für den Übergang sehr lange: Nach einer [Bertelsmann-Studie](#) haben weniger als die Hälfte der Schulabgänger, 43 Prozent, direkt nach der Schule eine Ausbildung oder ein Studium begonnen. Das Durchschnittsalter zu Beginn einer Lehre liegt bei knapp 20 Jahren.